

Dossier: Positionierung sozialdemokratischer Parteien

EU-Länder

Land	Positionierung
Belgien	<p>Die beiden größten Oppositionsparteien im Parlament, die sozialdemokratische PS und die nationalistisch separatistische N_VP stehen sich als politische Kontrahenten feindlich gegenüber und haben es nicht vermocht, als führende Oppositionsparteien eine mehrheitsfähige Regierungskoalition auf föderaler Ebene zu bilden. Während die französischen Sozialdemokraten der PS für den Vorrang der Bekämpfung der Verbreitung des Virus plädieren, hat die nationalistisch separatistische N-VP eher die Wirtschaft im Blick. Zurzeit unterstützen beide Parteien die derzeitigen Maßnahmen der Regierung. Die Führungen beider Parteien sitzen gemeinsam mit der liberal/christlich geführten Minderheitsregierung im Nationalen Sicherheitsrat, wo die Programme zur Bekämpfung der Epidemie gemeinsam beschlossen werden. Die kleinere und unbedeutendere flämische sozialdemokratische Partei, die SP.A, hat sich sehr stark dafür eingesetzt, dass Belgien eine auf einer parlamentarischen Mehrheit beruhende föderale Regierung bekommen sollte. Da dies aber aufgrund der mangelnden Konsensfähigkeit der führenden Parteien nicht möglich war, haben sie wie die meisten Parteien der jetzigen Notregierung ihre Unterstützung zugesagt. Die SP.A ist weiterhin regional stark eingebunden und beteiligt sich an allen Initiativen die Solidarität während der Corona Krise zu unterstützen.</p>
Bulgarien	<p>Die oppositionelle Bulgarische sozialistische Partei (BSP) unterstützt prinzipiell die Maßnahmen der Regierung. Sie stellte sich aber gegen die unbegrenzte Dauer des Notstands und die hohen Geldstrafen für Verbreitung von unwahren Informationen. Der Artikel wurde dennoch angenommen. Der Präsident legte gegen diesen Absatz aufgrund der ohnehin angekratzten Pressefreiheit Bulgariens sein Veto ein. Ebenso gegen einen Artikel, der Preisspekulationen verhindern sollte und festlegen, dass die Preise für notwendige Güter nicht höher sein dürften als im Durchschnitt der letzten drei Monate. Der Präsident begründete dies damit, dass der Kauf von Arzneimittel auf dem internationalen Markt sonst unmöglich würde. Die beiden Artikel fielen daraufhin weg.</p> <p>Die BSP setzte sich überdies dafür ein, dass nicht die Arbeitgeber, sondern alle Bürger_innen finanzielle Unterstützung erhalten. Sie wandte sich auch gegen die Aussetzung der Parlamentssitzungen, da dies die parlamentarische Kontrolle über die Regierung einschränke. Zurzeit tagt das Parlament nur zu Entscheidungen im Zusammenhang mit der Epidemie.</p>
Dänemark	Sozialdemokraten an der Regierung
Estland	Die Haltung der sozialdemokratischen Partei Estlands unterscheidet sich nicht von der Regierungslinie.
Finnland	Sozialdemokraten an der Regierung
Frankreich	<p>Die Parti Socialiste (PS) unterstützt weitestgehend den Ruf der Regierung nach „nationaler Einheit“ im „Krieg um die Gesundheit“ sowie die getroffenen Maßnahmen zur „sozialen Distanz“. Der PS-Vorsitzender Olivier Faure teilt explizit Macrons Rede und fordert gar eine Art „Kriegswirtschaft“, d.h. dort wo dies möglich ist, sollen Unternehmen auf Regierungsanordnung die Produktion auf Produkte umstellen, an denen Mangel besteht (Schutzmasken,</p>

Land	Positionierung
	<p>Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel etc.). Gelobt wird des Weiteren, dass die Regierung die Fortsetzung von Reformprojekten (insbesondere die umstrittene Rentenreform) bis auf weiteres ausgesetzt hat.</p> <p>Trotz ihrer allgemeinen Unterstützung der Regierungsmaßnahmen hat sich die PS in der Nationalversammlung bei der Abstimmung über das „Gesetz zum sanitären Notstand“ enthalten – wegen der Eingriffe ins Arbeitsrecht und der fehlenden demokratischen Kontrolle. La France Insoumise (LFI) hat dagegen gestimmt. Alle linken Parteien plädieren für strengere Ausgangsbeschränkungen: die PS für eine striktere Handhabung der bestehenden Beschränkungen, LFI gar – analog zu Italien und Spanien – für den Stopp aller nicht essentiellen Wirtschaftsaktivitäten.</p> <p>Darüber hinaus reklamiert die PS, schon jetzt die Post-Krise zu denken: Diesbezüglich fordert sie eine besondere Gratifikation für all diejenigen Beschäftigten, die im Kampf gegen die Epidemie in „erster Linie“ stehen; außerdem bedürfe es eines massiven Wiederanlaufplans für die Wirtschaft; dafür wird eine Einmalzahlung an alle Haushalte angeregt, um die Binnennachfrage zu stabilisieren.</p> <p>Generell wird die Forderung erhoben, die Globalisierung zu verlangsamen, für die Versorgung Europas strategisch wichtige Produkte wieder nach Europa zurück zu verlagern bzw. die „industrielle Souveränität“ Europas zu sichern.</p>
Griechenland	<p>Auch in Griechenland schlägt die Stunde der Exekutiven, die Maßnahmen zur Eindämmung der Infektion werden nicht nur von der breiten Bevölkerung, sondern auch über alle Parteigrenzen hinweg unterstützt. Die Regierungspartei Nea Demokratia legte in Umfragen auf über 50% zu, die Opposition verliert an Zustimmung. Es gibt seither keine Partei, die sich wider besseres Expertenwissen für mehr Freizügigkeit oder mehr Wirtschaftsorientierung ausspricht. Auch Stabilisierungsmaßnahmen werden über die politischen Lager hinweg als notwendig erachtet. Differenzen und gelegentliche Kritik betreffen die Zielgruppen der Unterstützung: Das linke Lager spricht sich für noch mehr auf Arbeitnehmer_innen abzielende Subventionen und bemängelt eine zu Unternehmens-freundliche Vergabepolitik. Bei den Erwartungen gegenüber der EU sind keine parteipolitischen Unterschiede zu erkennen, sie treten in der Krise hinter die nationalen Interessen zurück. Leider findet sich die Deutschland-feindliche Rhetorik gleichermaßen auch in den Medienbeiträgen von KINAL und Syriza wieder.</p>
Italien	<p>Die Partito Democratico (PD) stellt gemeinsam mit dem Movimento5Stelle seit September 2019 die Regierung unter der Führung des formal parteilosen Ministerpräsidenten Conte. Der Vorsitzende der PD, Nicola Zingaretti, betont die europäische Dimension dieser Krise, die deshalb europäische und gemeinsame Lösungen benötigt. Wirtschaftsminister Roberto Gualtieri (PD) betrachtet die bisherigen Initiativen der EZB als positiv. Allerdings, um die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu maximieren und den Zusammenhalt und die Konvergenz zwischen den EU-Ländern zu gewährleisten, unterstützt er die Idee einer vollständigen Risikoteilung, und zwar auch durch die Emission gemeinsamer Schuldinstrumente (Eurobonds).</p>
Kroatien	<p>Die SDP unterstützt zum großen Teil das Krisenmanagement der kroatischen Regierung in der Pandemie-Bekämpfung und verlangt entschiedenere Maßnahmen zur Milderung der Wirtschaftskrise. Sie ist auch bereit, sich an dem wirtschaftspolitischen Beirat der Regierung zu beteiligen, der demnächst</p>

Land	Positionierung
	<p>gegründet werden soll. Die SDP spricht sich aber gegen eine Erweiterung der Rechte der Exekutiven in der Pandemie-Krise aus und verlangt, dass das Parlament permanent tagt und dass Einschränkungen der Menschenrechte mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament beschlossen werden. Sie unterstützt daher auch den von der Regierung eingebrachten Vorschlag, die Mobilität der in Selbstisolation befindlichen Bürger_innen per Mobilfunk zu überwachen nur unter hohen Auflagen, die vom Parlament definiert werden sollen. Die SDP fordert, alle dem Staat zur Verfügung stehenden Finanzmittel der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, um die prekäre Arbeitsmarktsituation nicht noch weiter zu verschärfen. Vor allem sollen Unternehmen ihre Steuern und Beiträge während der Krise aussetzen und Zahlungen für Kredite einfrieren dürfen; Ausfallzinsen sollen ihnen erlassen werden. Sie fordern, dass Arbeitnehmer während der Krise 75% ihres Entgelts bis zu einem Höchstbetrag von 5.100 HRK (knapp 700 Euro) erhalten. Die SDP fordert auch, dass alle Beschäftigten im Gesundheitswesen auf Corona getestet und dass es Ausgabestationen für Schutzmasken geben soll.</p>
Lettland	<p>Die beiden sozialdemokratischen Parteien Saskana (Mitglied der S&D Fraktion) und Die Progressiven (weder im nationalen noch im europäischen Parlament vertreten, unterstützen in weiten Teilen die Regierung in ihrer Bekämpfung der Pandemie.</p> <p>Die Progressiven beschäftigen sich besonders mit den sozialen Problemen, die die Krise verursachen wird. Daher stehen besonders Maßnahmen zur Sicherung von Jobs im Vordergrund. Hier kritisiert die Partei die Regierung, da sich die Maßnahmen zur Jobsicherung dieser lediglich auf 75.000 Arbeiter konzentrieren. Nach Ansicht der Progressiven muss die Maßnahme auf mindestens 900.000 Jobs ausgeweitet werden. Zudem fordern Die Progressiven zusätzliche Mittel (150 Millionen Euro) für das Gesundheitssystem. Dieses Geld solle dazu verwendet werden die Mitarbeiter im Gesundheitswesen zu bezahlen und Boni auszuschütten, sowie neues Equipment zu beschaffen.</p>
Litauen	<p>Die Sozialdemokratische Partei Litauens hat keine sich stark von der Regierungslinie unterscheidende Stellungnahme geäußert. Einzig die Situation kleinerer Betriebe, die aufgrund der Quarantänevorschriften eigentlich den Betrieb einstellen sollten, wurde kritisiert. Da es vielfach die einzige Einnahmequelle der Betreiber ist, arbeiten diese Betriebe vielfach illegal weiter und stellen so ein unnötiges Infektionsrisiko dar. Die von der Regierung in Aussicht gestellten Ersatzzahlungen müssten daher wesentlich zeitnaher ausgezahlt werden, um Existenzen zu sichern. Ebenfalls scharf kritisiert hat die Partei Bestrebungen seitens des Arbeitgeberverbands, der Änderungen (Liberalisierung der Kündigung, Verlängerung der Arbeitsstunden, Änderung der Urlaubsregelungen) im Arbeitsgesetzbuch für die kommenden 6 Monate vorgeschlagen hat.</p>
Niederlande	<p>Die PvdA hat sozialpolitisch vor allem fehlende Maßnahmen für Selbstständige und Anwohner ohne niederländische Staatsbürgerschaft kritisiert. An der Strategie der Regierung zur Eindämmung der Infektionen gab es wenig Kritik, nur wurden mehr Tests gefordert.</p>
Österreich	<p>Die SPÖ trägt die Regierungspolitik mit. Dabei sind die Bundesländer nicht immer mit der Bundespartei einverstanden. Derweil unterstützt die SPÖ die ÖGB-Forderung nach einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes.</p> <p>Die SPÖ will auch einen Krisenüberbrückungsfonds für Arbeitnehmer_innen in</p>

Land	Positionierung
	<p>Höhe von einer Milliarde Euro. Damit sollen etwa Zuschüsse zu Mieten und Krediten, eine Verlängerung der Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld während der Krise sowie der leichtere Zugang zu Leistungen der Mindestsicherung finanziert werden. Geringfügig Beschäftigte und Arbeitnehmer_innen, die beispielsweise wegen zu geringer Vordienstzeiten keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben bzw. solche, die seit Anfang März gekündigt wurden, sollen eine temporäre Einkommensersatzleistung für drei Monate bekommen.</p>
Polen	<p>Die Linke hat versucht, dem Aspekt des Schutzes von Arbeitnehmerinteressen bei der Formulierung des „Schutzschildes“ mehr Gewicht zu verleihen. Inwieweit dies in den Verhandlungen im Sejm auch gelungen ist, ist im Moment nicht erkennbar. Die Linke hat sich im Sejm bei der Abstimmung des Schutzschildes enthalten und nicht dagegen gestimmt.</p>
Portugal	<p>Sozialdemokraten an der Regierung</p>
Rumänien	<p>Die sozialdemokratische PSD unterstützt die Regierungsmaßnahmen und fordert darüber hinaus, heimkehrenden Rumänen, die über keine Krankenversicherung verfügen, medizinische Behandlung gebührenfrei zukommen zu lassen. Außerdem wurde das Gesundheitsministerium aufgefordert, Arznei und medizinisches Schutzmaterial der Bevölkerung über den Hausarzt kostenlos zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren wurden staatliche Hilfsmaßnahmen im Wert von 300 Millionen Lei für Staatsunternehmen wie die Eisenbahn CFR und die nationale Fluggesellschaft TAROM vorgeschlagen.</p>
Slowakei	<p>Die sich erst seit kurzem in der Opposition befindenden Sozialdemokraten haben gegen die Erlaubnis des Zugriffs auf Handydaten gestimmt. Sie konnten erreichen, dass das Ausnahmegesetz vor der Abstimmung noch abgeschwächt wurde: Entgegen dem ursprünglichen Regierungsvorschlag dürfen Telefongespräche und SMS-Nachrichten nicht mitverfolgt werden, sondern nur Lokalisierungsdaten. Außerdem wurde die Maßnahme auf die Dauer der Coronakrise beschränkt.</p>
Spanien	<p>Sozialdemokraten an der Regierung</p>
Schweden	<p>Die zurückhaltende Reaktion der schwedischen Regierung auf die Bekämpfung der Pandemie hat international viel Aufmerksamkeit erregt. Im Unterschied zu vielen anderen Ländern und seinen nördlichen Nachbarn hat sich Schweden für einen weniger drakonischen Kurs entschieden, indem es eher starke Empfehlungen als exekutive Maßnahmen und deren Durchsetzung ausgesprochen hat. Diese Strategiewahl ist im Wesentlichen schwedischer Natur. Die Regierung glaubt an das hohe Maß an Eigenverantwortung ihrer Bevölkerung, um Schaden von der Gesellschaft abzuwenden, indem sie den Empfehlungen der Regierung folgt. Dieser Konsens hat sich in den vergangenen Krisenmomenten als erfolgreiches Merkmal der schwedischen Gesellschaft erwiesen. Die gegenwärtigen Pole deuten darauf hin, dass die Bevölkerung ein gewisses Maß an Vertrauen in das Krisenmanagement der Regierung hat. Dennoch gibt es Kritik an der geringen Zahl von Tests in der Bevölkerung, an der Entscheidung, die Skigebiete während der Osterferien geöffnet zu lassen, sowie an der geringen technischen, personellen und materiellen Kapazität des Gesundheitssystems zur Bewältigung der Krise.</p>
Tschechien	<p>Keine andere Haltung aber Querelen über Zuständigkeiten: Die Sozialdemokraten (ČSSD) sind derzeit Juniorpartner in der Regierung Babiš und haben u.a. Zuständigkeit für die in der Krise bedeutenden Ressorts Inneres sowie Arbeit und Soziales. Jan Hamáček (ČSSD) wäre als tschechischer</p>

Land	Positionierung
	<p>Innenminister laut Gesetzgebung Leiter des tschechischen Krisenstabs. Babiš (ANO) hat die Rechtsvorschrift kurzerhand geändert und schlug den Epidemiologen Roman Prymula vor, was vom Kabinett gebilligt wurde. Kritiker_innen bemängeln, dass dieser die politische Dimension der Krise nicht verstehe. Aufsehen erregte er mit einer Prognose, dass die Grenzen Tschechiens noch bis zu zwei Jahre geschlossen sein müssten. Am 31.3. wurde nun doch Hamáček die Spitze des Krisenstabs zugesprochen. Ob die Sozialdemokraten aus der Krise politisches Kapital schlagen können oder in Mithaftung für teils missglücktes Krisenmanagement des ohnehin sehr polarisierenden Babiš gezogen werden, bleibt abzuwarten.</p>
<p>Ungarn</p>	<p>Alle Oppositionsparteien fordern mehr Corona-Virus-Tests und eine deutlich strengere Ausgangssperre.</p> <p>MSZP (EP Fraktion S & D, PES)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verlängerung des Arbeitslosengeldes von 3 auf 9 Monate. • Gefahrenzuschlag für Arbeitnehmer_innen im Gesundheitswesen, in der Altenpflege, im sozialen Bereich und im öffentlichen Verkehr • Kündigungsstopp bei multinationalen Unternehmen • Verzicht auf Sozialversicherungsabgaben für Kleinunternehmer_innen <p>DK (EP Fraktion S & D)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Staatliche Preisregulierung für Grundnahrungsmittel und bestimmte Gesundheitsprodukte (dies unterstützt auch Jobbik) • Auflage eines außerordentlichen staatlichen Fonds zur Lohnfortzahlung der gekündigten Angestellten für zunächst 2 Monate. <p>Momentum (EP Fraktion Renew Europe)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fordert einen Zuschuss für alle Einkommen, um einen Mindeststandard von 100.000 HUF (ca. 300 EUR) zu erreichen. <p>Párbeszéd: (EP Fraktion Grüne/EFA)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundeinkommen
<p>Zypern</p>	<p>Es gibt im Süden zwei Parteien, die im Europaparlament der S&D Fraktion angehören. Die Demokratische Partei (DIKO) und die Bewegung für Sozialdemokratie (EDEK). Beide sind in der Opposition, aber DIKO trägt die Entscheidungen der Regierungspartei DISY in der Krise voll mit.</p> <p>EDEK ist zwar insgesamt auch für die Rettungsmaßnahmen, stimmte aber gegen das jüngste Rettungspaket. Die Partei kritisiert, dass die Schuldner, deren Kredittilgungen bis zum Jahresende suspendiert sind, Zinseszinsen auf die gestundeten Zinsen ihrer Kredite zahlen müssen und schlug stattdessen die Aussetzung von Zinsen auf die Kredite bis zum Jahresende vor.</p> <p>Während die Regierung eine Rückkehr der jetzt noch im Ausland befindlichen Zyprioten, bei denen es sich vor allem um Student_innen handelt, ablehnt, spricht sich EDEK für das Recht auf Rückkehr aller Zyprioten durch speziell angemietete Flugzeuge aus.</p>

Nicht EU-Länder

Land	Positionierung
Albanien	Die Sozialistische Partei regiert mit absoluter Mehrheit und verantwortet damit alle Maßnahmen. In außergewöhnlicher Einigkeit steht jedoch auch die (momentan außerparlamentarische) Opposition hinter der Regierungslinie.
Großbritannien	Die Opposition findet im Moment kaum statt. Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens wählt Labour aktuell einen neuen Vorsitz und hat daher keine klare Führung. Zweitens befindet sich das Land im Krisenmodus, Kritik an der Regierung würde als destabilisierend wahrgenommen werden. Eine Regierung der Nationalen Einheit ist eine realistische Option in den kommenden Wochen, daher fokussiert sich Labour auf konstruktive Beiträge zum Krisenmanagement mit einem besonderen Fokus auf die Funktionalität des NHS.
Island	Die oppositionelle sozialdemokratische Sammlungsbewegung hat konstruktiv an dem wirtschaftspolitischen Maßnahmenpaket mitgearbeitet. Die Kurzarbeitsregelung ist auf sie zurückzuführen. Allerdings halten sie die öffentlichen Investitionen für zu gering und fordern mehr Unterstützung für Handwerker und KMU. Kommunen sollen mehr Geld und Kompetenzen bekommen. Zudem sollen Eigenheimbesitzer bei Renovierungsarbeiten und Neubauprojekte stärker unterstützt werden. Start-ups und größere Firmen sollten sich solidarisch zeigen und auf Dividendenauszahlungen und Gehaltsanteile des Managements verzichten. Sie fordern einen Ausbau der Gesundheitsversorgung und bessere Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte.
Japan	Die sozialdemokratisch orientierte Partei der Konstitutionellen Demokratie (PKD) hat während der Krise Solidarität gezeigt und im Wesentlichen die Regierungsmaßnahmen mitgetragen. Sie forderte eine Unterstützung von Klein- und Kleinstunternehmen ein, die von der Krise besonders stark betroffen sind. Weiterhin fordert sie im Falle des Notstandsaufrufs einen verantwortungsvollen Umgang mit den erweiterten Rechten der Regierung sowie eine aktive Informationspolitik. Sie spricht sich auch für mehr Tests aus, die Schwäche der Opposition im Parlament verhindert jedoch, dass die Opposition eine gestalterische Rolle spielen kann.
Nordmazedonien	Derzeit führen die Sozialdemokraten die Regierungskoalition an, allerdings mit einer Technischen Übergangsregierung, teils mit Oppositionsministern, wie es 100 Tage vor Wahlen üblich ist. Diese Regierung ist nun länger als geplant im Amt, da die eigentlich für den 12. April geplanten Wahlen aufgrund der Krise verschoben werden mussten. Die Sozialdemokraten hoffen besten Szenario, dass Wahlen im Juni möglich wären, jedoch ist noch kein Termin bestätigt: EU-Beitrittsgespräche und NATO-Beitritt geben ihnen gerade Rückenwind. Eine Rezession, die unvermeidbar scheint und mit längerer Pause immer dramatischer würde, würde sich für Sozialdemokraten auch negativ auf die Wahlen auswirken.
Norwegen	Insgesamt nimmt die sozialdemokratische Partei als wichtigste Oppositionspartei eine konstruktive und unterstützende Rolle zur Regierung ein, wie es in Krisen üblich ist. Die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung musste allerdings bisher viele Vorschläge nach den Einwänden der Sozialdemokraten und übrigen Oppositionsparteien erheblich anpassen, um Mehrheitsentscheidungen im Parlament treffen zu können.

Land	Positionierung
Schweiz	Seit 1959 gehören der Schweizerischen Landesregierung gemäß der „Zauberformel“ jeweils zwei Vertreter*innen der SP Schweiz an. Mit Alain Berset stellt die SP seit 2012 den Innenminister. Die Forderungen der SP Schweiz - bspw. vom 12.03.2020 im Rahmen ihrer „Drei-Pfeiler-Strategie“ zur Bewältigung der Krise angesichts der Coronavirus Pandemie - spiegeln sich daher relativ direkt in den Maßnahmenbündeln des Schweizerischen Bundesrates wider.
Serbien/Montenegro	In Montenegro regiert die Demokratische Partei des Sozialismus DPS in einer Koalition, der auch die Sozialdemokraten SD angehören. Die ebenfalls sozialdemokratische SDP trägt die Regierungslinie auch in der Opposition mit. Serbien hatte sich bei Ausbruch der Corona-Krise im Vorlauf zu Parlamentswahlen befunden, die nun vom 26. April 2020 auf unbestimmte Zeit verschoben werden mussten. Die demokratischen Oppositionsparteien, darunter auch unsere sozialdemokratischen Partner, hatten sich auf einen Boykott dieser Wahlen geeinigt und die Arbeit im Parlament schon seit Langem eingestellt. Entsprechend schwer tun sie sich in der gegenwärtigen Situation mit politischen Stellungnahmen zum Regierungshandeln. Einzelne Kritik an den Maßnahmen, z.B. an den drakonischen Maßnahmen gegenüber älteren Menschen, werden vom Präsidenten in Bausch und Bogen als unverantwortliche Haltung zurückgewiesen.
Ukraine	In der Ukraine gibt es keine sozialdemokratischen Parteien, die Gestaltungskompetenz und eine politische Rolle aufweisen.
Kanada	<p>Der Vorschlag des 75%-igen Kurzarbeitergeldes kommt von der oppositionellen New Democratic Party (NDP, kanadische Sozialdemokraten), die daran ihre Unterstützung des Rettungspakets der liberalen Minderheitsregierung geknüpft hatte. Ansonsten hält sich die politische Debatte zu den Corona-Maßnahmen sehr in Grenzen. Regiert wird per Dekret. Während der Premierminister Justin Trudeau (aus der Selbstisolierung heraus) tägliche Pressekonferenzen gibt, ist der Vorsitzende der NDP durch seine Selbstisolierung komplett aus den Medien verschwunden.</p> <p>Die am härtesten getroffene Provinz Britisch Kolumbien wird von dem Sozialdemokraten John Horgan regiert. Die Maßnahmen, vor allem bzgl. „social distancing“ sind dort etwas strenger. So wurden dort z.B. rückkehrende Reisende bereits deutlich vor der Inkraftsetzung des Quarantänegesetzes auf Bundesebene 14 Tage lang zwangsweise isoliert. Dafür sind die Hilfszahlungen an Arbeitnehmer, Mieter usw. etwas großzügiger als in anderen Provinzen.</p>
USA	<p>Letzte Umfragen zeigen, dass Wählerinnen und Wähler der Demokratischen Partei im Allgemeinen viel besorgter über die Bedrohung durch das Corona-Virus sind als Republikaner. Das Desinteresse unter Anhängern der Republikaner lässt sich zum Teil vermutlich auf den frühen und oft hanebüchernen Unsinn zurückführen, der vom Weißen Haus und von Fox News verbreitet wurde. Laut Trump (so z.B. auf Twitter am 9. März) überschätzten die Demokraten die Situation, und dass „[die Panikmache] ihr neuer Schwindel sei“.</p> <p>In der Demokratischen Partei selbst herrscht die Meinung, dass es irgendwie</p>

Land

Positionierung

"unverantwortlich" sei, in einer Krise den politischen Einfluss auszunutzen, um die bestmögliche Reaktion zu erreichen. Das bedeutet dann aber auch, dass die Republikaner die Krisenführung übernehmen werden und möglicherweise die Anerkennung dafür einsammeln. Präsident Trumps Inkompetenz zeigt sich in seinem Krisenmanagement nur zu deutlich und doch scheint er sie wie eine Monstranz vor sich herzutragen, wenn er sich zum täglichen Corona-Briefing vor die Kameras stellt. Seine Zustimmungswerte steigen und zum ersten Mal liegt die Zustimmung höher als die Missbilligung. Die Demokraten verlieren an Boden, die Primaries sind kaum ein Thema und die Präsidentschaftskandidaten Biden und Sanders sind durch das mediale 24h Corona-Virus-TV quasi ausgeschaltet. Es ist die Trump-Show und die Fäden hält er (noch) in der Hand.

Was die direkten Hilfen für Arbeitnehmer_innen aus den zwei Hilfspaketen angeht, so sind diese allein den Demokraten im Kongress zu verdanken, die sie mit aller Macht in den Verhandlungen durchgedrückt haben. In einem eigenen Gesetzentwurf (Take Responsibility for Workers and Families Act) hatten sie noch weitreichendere Forderungen. Dazu gehörte u.a. ein Mindestlohn von 15 US-Dollar für alle Unternehmen, die in der Krise öffentlich finanzierte Unterstützung erhalten, und eine Wahlrechtsreform, um Briefwahl bei einem Notstand landesweit möglich zu machen. Diese konnten sie aber nicht durchsetzen.